

# Westliche Doppelstrategie

Härte zeigen, aber eine Tür offen lassen – so lautet die deutsche Devise gegenüber Russland

Gerhard Schröder ist der Prominenteste derer, die wirtschaftlich eng mit Russland zusammenarbeiten wollen. Auf die Ressourcen des riesigen Landes wollen auch andere nur ungern verzichten.

Von Jörg Kronauer

Nord Stream 2 – das ist ein wichtiger Baustein im deutsch-russischen Energie-Gesamtkonzept. Die Röhre soll im Wesentlichen parallel zu Nord Stream verlaufen und die Lieferkapazität auf bis zu 110 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr verdoppeln. Formal ist Gazprom Alleineigentümer des Betreiberunternehmens; das liegt allerdings nur daran, dass die eigentlichen Mit-Anteilhaber Wintershall, Uniper (Ex-E.ON), OMV, Shell und Engie (vormals GDF Suez) aufgrund komplexer juristischer Schwierigkeiten in Polen offiziell nur noch als Nord-Stream-2-»Finanzinvestoren« auftreten können.

Nord Stream 2 wird, sofern die Röhre zustande kommt, den Hauptknoten beim Export russischen Erdgases in die EU nach Deutschland verschieben; damit erhalte die Bundesrepublik eine zentrale Stellung in der Erdgasversorgung des Kontinents. Zugleich würde die Ukraine, ein bislang bedeutendes Transitland, weitgehend entmachtet und darüber hinaus Transitgebühren in Milliardenhöhe einbüßen. Die drohende Schwächung der Ukraine ist – neben dem Entstehen eines deutsch-russischen Energie-Machtblocks – einer der Gründe, weshalb antirussische Kräfte vor allem in Polen und den baltischen Staaten, aber eben auch in den USA Nord Stream 2 mit aller Macht bekämpfen.

Unabhängig davon bauen deutsche Energiekonzerne ihre Zusammenarbeit mit russischen Firmen auch an anderer Stelle aus. Das stärkt wiederum die Position russischer Unternehmen in Deutschland. So hat ein Asset-Tausch im Jahr 2015, der Wintershall neue Anteile an der lukrativen Förderung aus den Achimow-Schichten des sibirischen Erdgasfeldes Urengoi einbrachte, Gazprom Germania zur Alleinbesitzerin des Kasseler Erdgashändlers Wingas gemacht. Seitdem hält Gazprom über seine Berliner Tochtergesellschaft rund 20 Prozent am deutschen Markt. Rosneft wiederum, inzwischen einer der größten Erdölkonzerne der Welt, hat seine Aktivitäten in Deutschland ebenfalls ausgeweitet, lieferte 2017 bereits ein gutes Viertel der deutschen Rohölimporte und war an drei der zwölf großen deutschen Raffinerien beteiligt. Damit im Besitz von zwölf Prozent der deutschen Verarbeitungskapazitäten, war Rosneft die Nummer drei in der Mineralölverarbeitung der Bundesrepublik.

Am 18. Mai 2017 eröffnete der Konzern in Berlin die Hauptniederlassung der Rosneft Deutschland GmbH, kündigte an, seine Investitionen in der Bundesrepublik auf rund 600 Millionen Euro verdoppeln zu wollen und stellte darüber hinaus in Aussicht, den Einstieg ins deutsche Tankstellengeschäft zu prüfen. Mit seiner zunehmenden Deutschland-Präsenz verbindet das Unternehmen allerdings auch die Einbindung von Deutschen in Führungspositionen: So wurde am 29. September 2017 der Vorsitzende des Gesellschafterausschusses von Nord Stream, Ex-Kanzler Gerhard Schröder, zusätzlich zum Aufsichtsratsvorsitzenden von Rosneft ernannt.

## »Congagement«

Wird die immer intensivere Energiekooperation dem neuen Kalten Krieg zumindest etwas von seiner Schärfe nehmen und vielleicht sogar eine neue Phase der Zusammenarbeit einleiten können? Nun, diese Hoffnung hegt zumindest Moskau, und auch einige Deutsche, die an der Kooperation beteiligt sind, teilen sie wohl. »Es ist politisch unsinnig und ökonomisch gefährlich, Russland zu isolieren«, erklärte Schröder Mitte Oktober 2017 auf dem 10. Eurasian Economic Forum im norditalienischen Verona: »Wir müssen auf ein Ende der Sanktionen hinarbeiten, denn wir brauchen den Markt und die vielfältigen Ressourcen.«



Rohre für Nord Stream 2 lagern im Hafen von Sassnitz-Mukran.

Foto: dpa/Jens Büttner

Die Befürworter wirtschaftlicher Zusammenarbeit können für ihre Bemühungen geltend machen, dass Russland heute Alternativen hat und man sich nicht unendlich Zeit nehmen kann, um Zugriff auf die ersehnten Ressourcen zu erlangen. Tatsächlich ist China längst zu Russlands wichtigstem Lieferanten aufgestiegen – mit 20,9 Prozent der russischen Importe des Jahres 2016, fast doppelt so viel wie Deutschland (10,7 Prozent); es investiert zunehmend in dem Land und bezieht längst Erdöl per Pipeline von dort. Ab Ende 2019 soll eine weitere Pipeline (»Power of Siberia«) russisches Gas in die Volksrepublik transportieren; über den Bau einer zweiten Röhre (»Power of Siberia 2«) wurde Ende 2017 bereits diskutiert.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier suchte bei einem Arbeitsbesuch in Moskau am 25. Oktober 2017 denn auch Brücken zu bauen. Es müsse nun darum gehen, »Wege aus der Negativspirale von Konfrontation, Vertrauensverlust und gegenseitigen Vorwürfen zu finden«, erklärte er in einem Interview mit der russischen Tageszeitung »Kommersant«; allerdings müsse man zugleich die weiterhin ungebrochen bestehenden »Differenzen ... klar ... benennen«, etwa »die völkerrechtswidrige Annexion der Krim«.

Die Verbindung von kooperativen und konfrontativen Elementen – kooperativ, wo ökonomische Interessen

bedient werden wollen, konfrontativ, wo es um die Machtfrage geht – ist das klassische Merkmal des Kalten Kriegs gewesen, wobei – je nach Konjunktur – mal das eine, mal das andere Element überwog. Eine in beide Richtungen flexible »Doppelstrategie« auch für die Gegenwart hat unter anderem Wolfgang Ischinger gefordert. Ischinger, einer der einflussreichsten deutschen Diplomaten, war von 1982 bis 1990 enger Mitarbeiter des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, wirkte in den 1990er Jahren unter anderem als Chef des Planungstabs sowie als Politischer Direktor im Auswärtigen Amt und amtierte dort von 1998 bis 2001 unter Joseph Fischer als Staatssekretär, bevor er – 2001 bis 2006 – als Botschafter nach Washington ging. Seit 2008 leitet er die Münchner Sicherheitskonferenz.

Im Sinne einer »Doppelstrategie« müsse man einerseits gegenüber Moskau eine »Position der Stärke« demonstrieren, andererseits aber auch die »Idee des Gemeinsamen Europäischen Hauses« fördern, schlug Ischinger Anfang 2015 in der Fachzeitschrift »Internationale Politik« vor: »Im Kern dieser neuen Doppelstrategie steht die Idee von »conagement« – eine Mischung aus Einhegung (»containment«) und Einbeziehung (»engagement«).

Ganz wie im ersten Kalten Krieg also, fügte Ischinger im Oktober 2015 hinzu: »Wir sollten der vor Jahrzehnten

aus dem Harmel-Bericht erwachsenen Doppelstrategie folgen: einerseits die robuste Verteidigung des Bündnisgebiets ..., andererseits aber das Offenhalten der Tür, wenn und falls Moskau sich für eine Wiederzuwendung gen Westen entscheiden sollte.«

## Moskauer Farbenspiele

Worauf läuft eine solche Doppelstrategie hinaus? Blickt man auf den ersten Kalten Krieg zurück, dann muss man damit rechnen, dass ein gewisses Maß an profitbringender Wirtschaftskooperation auf Dauer von einer massiven Aufrüstung begleitet wird. Gleichzeitig wird man sich auf Versuche des alten Westens einstellen müssen, mit subversiven Aktivitäten in Russland prowestliche Kräfte zu stärken; auch das ist schließlich eine altbewährte Methode aus der Zeit des Systemkonflikts. Dabei haben die Versuche, in Moskau eine prowestliche Opposition zu stärken, eigentlich nie aufgehört – wenn, dann allenfalls in den Jahren, in denen mit Boris Jelzin ohnehin ein dem Westen gegenüber handzammer Präsident am Ruder war.

Methodisch gehen die westlichen Mächte dabei ähnlich vor wie in der Ukraine. Zum einen setzen sie auf die urbane Mittelschichten. Diese seien dank des Aufschwungs seit Beginn der Ära Putin rasch gewachsen, berichtete im Juli 2011 der Präsident der Moskauer Stiftung »Zentrum für

strategische Analysen«, Michail Dmitriew; sie näherten sich »in ihrem Lebensniveau und den sozialen Merkmalen zielstrebig der Mittelschicht in den Ländern der Europäischen Union an«. Dmitriew bezifferte ihren Anteil an der Bevölkerung der russischen Metropolen recht hoch – in Moskau mit »fast 40 Prozent«, in anderen Großstädten mit »20 bis 30 Prozent«.

Dabei zeichneten sich die russischen Mittelschichten »durch Misstrauen gegenüber dem Staat«, aber auch durch »wachsenden politischen Aktivismus und gesellschaftliche Selbstorganisation« aus. »Ihre Einstellung wird ... immer kritischer, und ihre Neigung zu Protest steigt«, meinte Dmitriew beobachtet zu haben – »besonders aus Unzufriedenheit mit der hohen Korruption, der Schwäche des Rechtsstaats und den wachsenden Hindernissen für eine

*Die Verbindung von kooperativen und konfrontativen Elementen – kooperativ, wo ökonomische Interessen bedient werden wollen, konfrontativ, wo es um die Machtfrage geht – ist das klassische Merkmal des Kalten Kriegs gewesen, wobei – je nach Konjunktur – mal das eine, mal das andere Element überwog.*

aufsteigende Mobilität«. In Moskau könne man interessanterweise beobachten, dass »die Protestbereitschaft« proportional mit dem Einkommen zunehme.

Bereits wenige Monate später sollte sich zeigen, wie recht Dmitriew gehabt hatte. Im Dezember 2011 gingen in Moskau Zehntausende auf die Straße, um gegen vermutete Fälschungen bei der soeben abgehaltenen Parlamentswahl zu demonstrieren. Ganz überwiegend waren es Angehörige der urbanen Mittelschichten, der klassischen Zielgruppe etwa deutscher parteinaher Stiftungen also oder US-amerikanischer Organisationen wie der Open Society Foundation des US-Milliardärs George Soros. Anfang Mai 2012 wiederholten sich die Proteste, diesmal wegen vermuteter Fälschungen bei der Präsidentenwahl. Medialer Unterstützung im westlichen Ausland konnten sich die Mittelschichtsdemonstranten sicher sein, politischer Sympathien selbstverständlich auch.

Schwierig war es lediglich mit der parteipolitischen Präferenz, denn eine starke, perspektivisch vielleicht einmal mehrheitsfähige prowestliche Partei war – und ist – in Russland nicht in Sicht. Alternativ nahmen viele im Westen schon damals Alexej Nawalny in den Blick, einen Juristen, der sich als Kämpfer gegen die grassierende Korruption einen Namen gemacht hat und seitdem eine gewisse Popularität genießt. Bei den Moskauer Oberbürgermeisterwahlen am 8. September 2013 erreichte er satte 27 Prozent.

Das sympathisierende Interesse breiter westlicher Kreise an Nawalny zeigt übrigens, dass die Hoffnung, Präsident Wladimir Putin vielleicht einmal stürzen zu können, sich durch harte rechte Positionen des Hoffnungsträgers nicht abschrecken lässt: Der russische Lieblingsoppositionelle auch vieler Deutscher hat sich nie von seiner Teilnahme am »Russischen Marsch« der extremen Rechten im Jahr 2011 distanziert; er spricht zwar öffentlich nicht mehr von »Kakerlaken«, wenn er Kaukasien meint, hetzt allerdings weiterhin gegen Muslime und »illegale Migranten«. Nicht ohne Grund orakelte der am 27. Februar 2015 ermordete liberale russische Oppositionspolitiker Boris Nemzow im November 2011: »Eine Revolution in Russland wäre nicht orange und demokratisch wie 2004 in der Ukraine, sondern braun.«

## Das Buch

Die »russische Gefahr« wird wieder beschworen. Autor Jörg Kronauer will trotz der Übernahme der Krim, der Unterstützung ostukrainischer Aufständischer und dem militärischen Eingreifen in den Syrien-Krieg nicht so einfach von russischer Aggression sprechen. Er zeichnet die Stränge der US-amerikanischen, deutschen und russischen Außenpolitik nach, die in den neuen Kalten Krieg geführt haben.

Kronauer, Jahrgang 1968, ist Soziologe und freier Journalist. Seit vielen Jahren schreibt er u.a. für »nd« zu den Themen Neofaschismus und deutsche Außenpolitik und ist Redakteur des Nachrichtenportals german-foreign-policy. Er lebt in London.

Nebenstehender Text ist ein Auszug aus seinem Buch, das im Papy-Rossa-Verlag erschienen ist: Jörg Kronauer: Meinst du, die Russen wollen Krieg? Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg. Papy-Rossa. 207 Seiten, 14,90 Euro.



Bestellen Sie dieses Buch im nd-shop.  
Tel 030 2978-1777 Fax -1650  
buecherservice@nd-online.de www.nd-shop.de

Bücherservice